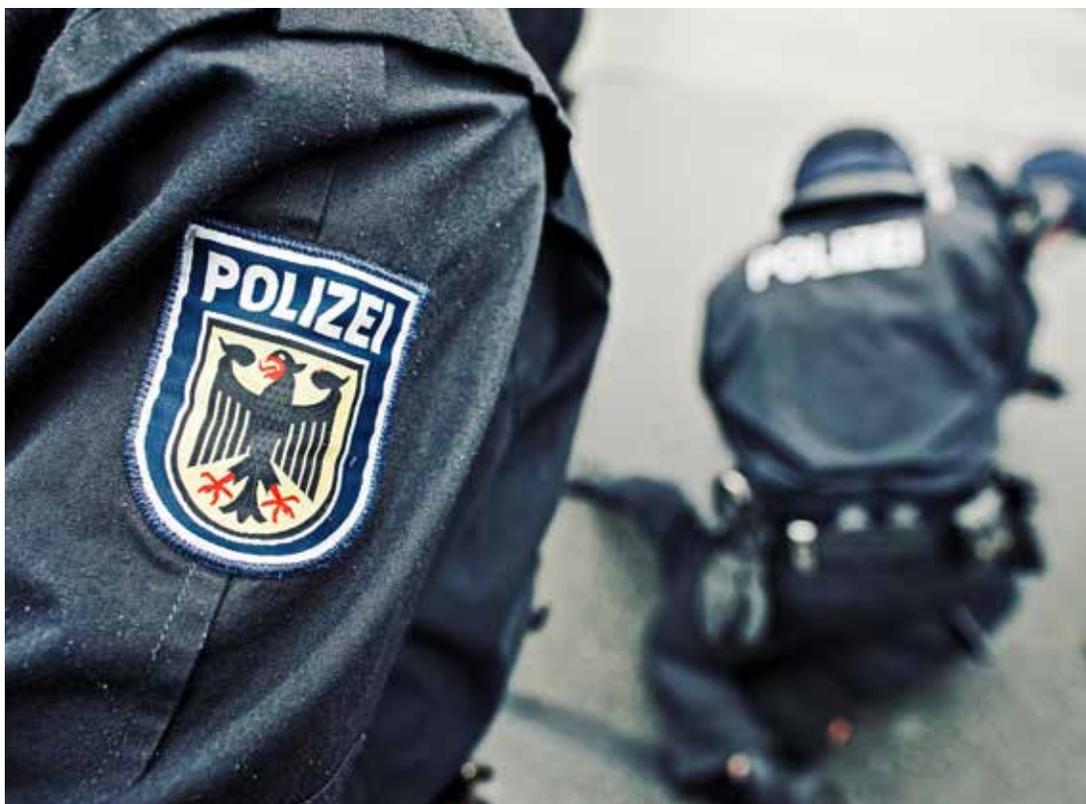


Terrorfahndung führt Personal- misere der Polizei vor Augen



Aus den gesetzlichen Aufgabenbereichen: Bereitschaftspolizeilicher Einsatz (Bildquelle: Bundespolizei)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt die Forderungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis/90 Die Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, und des Grünen-Fraktionschefs im Bundestag, Anton Hofreiter, den Personalabbau der Polizei zu stoppen und stattdessen mehr Personal einzustellen. GdP-Bundeschef Oliver Malchow: „Wir sind erfreut, die eher polizeikritische Partei in einer Frage an unserer Seite zu haben, die uns seit Jahren bewegt. 16.000 Stellen sind bei der Polizei in den vergangenen 15 Jahren in Deutschland weggefallen. Das ist die Größenordnung der gesamten Berliner Polizei.“

Die angespannte Sicherheitslage nach den Anschlägen von Paris, so der GdP-Vorsitzende, habe deutlich gemacht, dass die Polizei nicht nur bei der Beobachtung des islamistisch-terroristischen Personenpotenzials an ihre Grenzen gelangt ist. Malchow: „Der Schutz gefährdeter Personen

und Objekte, die fieberhafte Suche nach weiteren Terrorzellen und Hintermännern, die Aufdeckung von Finanzströmen und Waffenlieferungen, zeigt nach den aktuellen Attentaten das gesamte Ausmaß der polizeilichen Bemühungen, solchen Plänen auf die Spur zu kommen. Das ist zurzeit die vielleicht wichtigste, aber auch nur eine Aufgabe aus dem gesamten Auftragskatalog der Polizei.“

Insbesondere die Ermittlungsbereiche und die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum litten seit Jahren, so die GdP, unter der Personalmisere. Die Europapolitikerin Harms, so der GdP-Vorsitzende, habe es auf den Punkt gebracht, wenn sie deutlich mache, dass mehr Polizeibeamte in den Quartieren gebraucht werden, die sich auskennen, die mit Informationen umgehen können, die bekannt sind, die Ansprechpartner sein können auch für z. B. Muslime, die sich Sorgen machen. Malchow: „Das gilt insbesondere auch für Deutschland.“

Bereits im September 2014 warnte

Malchow, dass angesichts zusätzlicher personalintensiver Aufgaben wie die Bewachung von Flüchtlingsheimen, die Überwachung von Terror-Gefährdern oder rivalisierender krimineller Clans in unverantwortlicher Weise die Bekämpfung der Alltagskriminalität oder Verkehrskontrollen hinten angestellt werde. Malchow: „Jetzt rächt sich der seit Jahren von der GdP massiv kritisierte dramatische Personalabbau bei der Polizei in vielen Bundesländern.“

„Es sei beschämend, dass immer erst dann Bewegung in sicherheitspolitische Debatten – auch um personelle und technische Ausstattungen – komme, nachdem eine schockierende Tat nicht nur die Bevölkerung verängstige, sondern selbst die politisch Verantwortlichen aufwühle. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Sicherheitslage ist mit der nicht angemessenen und unverhältnismäßigen Sparpolitik der Regierungen, unter der die Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz seit vielen Jahren leiden, der Bogen überspannt worden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Bogen bricht und die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land von immer mehr Zufällen abhängig wird“, so Malchow im Januar 2015. Homeland Security sprach mit Kriminaloberrat Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Personalabbau

Homeland: 16.000 Stellen sind bei der Polizei in den vergangenen 15 Jahren in Deutschland weggefallen. Das ist die Größenordnung der gesamten Berliner Polizei. Wie sind die Forderungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis/90 Die Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, und des Grünen-Fraktionschefs im Bundestag, Anton Hofreiter, zu realisieren, den Personalabbau der Polizei zu stoppen und stattdessen mehr Personal einzustellen?

Malchow: Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach dem Attentat in Paris dazu aufgefordert, den Sicherheitsbehörden die personelle und finanzielle Ausstattung zu verschaffen, die sie benötigen, um die innere Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten. Das fordert die Gewerkschaft der Polizei seit Jahren. Wir hoffen, dass solche Erkenntnisse die unmittelbare Betroffenheit

nach blutigen Anschlägen überdauern. Leider sieht es nicht so aus. Polizei ist, mit Ausnahme der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes, Ländersache. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, halten die Länder an ihrem auch weiterhin geplanten Personalabbau unverantwortlicher Weise fest. Wichtig ist jetzt, dass sich Bundes- und Landespolitiker nicht den Ball hin- und herschieben, sondern dass die Parteien, die in den Ländern in der Regierungsverantwortung stehen, sich einmütig dazu bekennen, die Personalmisere zu beheben. Es wird nicht nur Personal weiter abgebaut, die Polizei überaltert auch. Die demographische Entwicklung verschärft das Problem. Uns läuft also die Zeit davon. Damit uns nicht potenzielle Attentäter, Wirtschaftskriminelle, Internetbetrüger und Einbrecherbanden ebenfalls davonlaufen, müssen jetzt dringend die Einstellungsquoten in den Ländern erhöht werden, damit wir wenigstens in drei Jahren, wenn die jungen Polizisten ihre Ausbildung absolviert haben, etwas Licht am Ende des Tunnels sehen. Es wird schwer, wieder ‚vor die Lage‘ zu kommen, da die Konkurrenz mit der freien Wirtschaft um qualifizierten Nachwuchs schärfer wird. Hier sind Jahre verschenkt worden, da die Entwicklung lange erkennbar war.

Organisierte Kriminalität

Homeland: „Der Schutz gefährdeter Personen und Objekte, die fieberhafte Suche nach weiteren Terrorzellen und Hintermännern, die Aufdeckung von Finanzströmen und Waffenlieferungen, zeigt nach den aktuellen Attentaten das gesamte Ausmaß der polizeilichen Bemühungen, solchen Plänen auf die Spur zu kommen. Das ist zurzeit die vielleicht wichtigste, aber auch nur eine Aufgabe aus dem gesamten Auftragskatalog der Polizei“, so Malchow. Welche Aufgaben der Polizei haben aktuell Priorität und warum? Welche Erwartungen haben Sie an die Politik – z. B. an die Innenministerien der Länder? Welche Maßnahmen sind erforderlich?

Malchow: Jeder Notruf eines Bürgers hat Priorität. Wenn die Polizei nicht mehr kommt, wenn ein Bürger sie braucht, ist das Vertrauen in unseren Rechtsstaat in Gefahr. Dass in vielen Landstrichen, die von



Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Einbrecherbanden heimgesucht werden und in denen die Polizei nicht mehr die notwendige Präsenz zeigen kann, Bürgerwehren gebildet werden, ist eine gefährliche Entwicklung. Wenn sich die Sicherheitslage durch den Terrorismus verschärft, mehr Personen und Objekte geschützt werden müssen, werden die Kräfte aus anderen Bereichen abgezogen, wichtige Ermittlungen bleiben liegen. In kurzer Zeit haben wir dann dort erhebliche Sicherheitsprobleme. Nach den Anschlägen in den USA und dem Schock, dass diese Attentate in Deutschland geplant worden waren, wurde bei den Staatsschutzabteilungen der Polizei, beim Bundeskriminalamt und in den Verfassungsschutzbehörden zu Lasten der Rechtsextremismus-Bekämpfung das Personal zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus verstärkt. Die Mordserie des NSU war sicherlich mit ein Ergebnis dieser „Prioritätensetzung“. Eine zu kurze Personaldecke können Sie hinziehen, wo sie wollen. Entweder Ihnen erfriert die Nase oder es erfrieren die Füße.

Homeland: „Organisierte Kriminalität verursacht immense Schäden und birgt hohe Gefahren. Bei aller notwendigen Konzentration auf die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus darf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nicht vernachlässigt werden. Dazu benötigt das Bundeskriminalamt nicht nur eine ausreichende Personal- und Sachausstattung, sondern vor allem die rechtlichen Befugnisse für die Anwendung moderner technischer Möglichkeiten“, sagten Sie. Was beinhaltet diese Forderung genau? Welche Rahmenbedingungen in der Polizeiarbeit sind hier zu verbessern? Wie steht es um die Sicherheitsarchitektur in Deutschland aus Ihrer Sicht? Welche Forderungen stellen Sie an Bundesregierung und Länderregierungen? Wie ist an das finanzielle Fundament der Organisierten Kriminalität heranzugehen?

Malchow: Das Bundeslagebild Organisierte Kriminalität (OK) weist seit Jahren um die 600 Verfahren aus. Die Zahl der registrierten Tatverdächtigen pendelt zwischen 8.000 und 9.000 jährlich. Statistisch sind zunächst keine signifikanten Veränderungen feststellbar. Was nicht erfasst wird, ist aber die Dynamik, wie sich die OK verändert. Deshalb spiegeln die Zahlen das

tatsächliche Bedrohungspotenzial nicht wider. Hier werden nur die Straftaten erfasst, die wir bearbeiten. Was wir aufgrund des Personalmangels nicht angehen, wird auch nicht erfasst. Die Entwicklung der OK in den vergangenen zehn Jahren zeigt nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden einen deutlichen Wandel bei den Betätigungsfeldern der Kriminellen auf: Heute sind nicht unbedingt die traditionellen Bereiche Drogen- und Waffenhandel die lukrativsten. Medikamentenfälschung, Umweltkriminalität, Wirtschaftskriminalität und Massendelikte per Internet können mehr Gewinne abwerfen – bei deutlich niedrigerem Risiko für die Täter. Das Internet hebt die klassische Eingrenzbarkeit von kriminalgeografischen Räumen auf, ermöglicht den Tätern weltweit, von jedem beliebigen Ort aus, massive Schäden anzurichten und kriminelle Gewinne am Ort ihrer Wahl zu erzielen. Der Schaden, den gut vernetzte Kriminelle und reisende Banden alleine in Deutschland anrichten, beläuft sich jedes Jahr auf 500 bis 600 Millionen Euro. OK-Ermittlungen sind bis zu 70 Prozent von einer funktionierenden Telekommunikationsüberwachung abhängig. Es reicht nicht aus, von steigenden Anforderungen an die Ermittlungsbehörden zu sprechen, wenn gleichzeitig vielerorts zudem auch die notwendigen personellen und rechtlichen Voraussetzungen nicht auf den Stand des 21. Jahrhunderts gebracht werden. Ohne die Möglichkeit, Verbindungsdaten nutzen zu können, bleiben Ermittlungen oftmals erfolglos. Bei den Finanzermittlungen besteht Handlungsbedarf, um die illegal erworbenen Vermögen abschöpfen zu können. Datenmengen im Terabyte-Bereich sind zu analysieren, bei Tätern aus mehr als 100 Ländern ergibt sich ein hoher Bedarf an Dolmetschern. Was die besser gewordene internationale Zusammenarbeit und ausreichender Personaleinsatz im Einzelfall bewirken kann, zeigt die internationale Polizeioperation „Archimedes“: In der einwöchigen, bislang größten Aktion gegen das organisierte Verbrechen in Europa sind im September vergangenen Jahres mehr als 1.000 Menschen in mehreren Ländern festgenommen worden. Insgesamt waren über 20.000 Polizisten und Sicherheitskräfte aus 34 Ländern – aus allen 28 EU-Staaten sowie aus Australien, Kolumbien, Norwegen, Serbien, der Schweiz und den USA – an dem

Einsatz beteiligt. Es handelt sich um die bedeutendste koordinierte Aktion, die jemals in Europa gegen das organisierte Verbrechen geführt wurde. Unter Federführung der EU-Polizeibehörde Europol waren Flughäfen, Grenzübergänge, Häfen und weitere neuralgische Punkte kontrolliert worden. Außerdem nahmen die Ermittler die Infrastrukturen grenzüberschreitend operierender Banden ins Visier.

Innere Sicherheit

Homeland: Laut einer vom BDSW beauftragten Umfrage des INSA-Meinungstrends findet die Mehrheit der Befragten (65 Prozent), dass die Polizei mit dem Schutz der Bevölkerung überfordert ist. Wie sollte die Polizei neu aufgestellt werden, um der Bevölkerung wieder mehr Sicherheit bieten zu können? Durch welche Maßnahmen lässt sich das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung wieder steigern? Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten? In welchen Bereichen sollten private Sicherheitsdienste Ihrer Meinung nach unterstützend tätig sein? Wie stellen Sie sich eine Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten vor? Was stellt hier Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung dar, politisch und in Bezug auf private Sicherheitsdienste?

Malchow: Seit ich bei der Polizei bin, jagt dort eine Umstrukturierung und Neuorganisation die nächste. Das Ergebnis ist immer das gleiche: Zentralisierung, Rückzug aus der Fläche, weniger Personal. Es gibt Gegenden von der Größenordnung der Eifel, da sind nachts zwei Streifenwagen unterwegs. Organisierte Banden brauchen bloß zwei Ablenkungsmanöver zu starten und sie können ungehindert operieren. Und ich sagte eingangs schon: Wenn der Bürger stundenlang warten muss, bis die Polizei erscheint, wenn sie nach einem Einbruch nur noch zu einem „Beileidsbesuch“ kommen kann und die Versicherung des Opfers nicht mehr zahlt, weil er schon mehrere solcher kriminellen Enteignungen hinter sich hat, ist sein Vertrauen in den Rechtsstaat weg. Jährlich wird in Deutschland eine Stadt von der Größenordnung Heidelbergs ausgeraubt.

Die Polizei muss auch in der Fläche wieder mehr präsent sein. Den Schutzmann an

der Ecke werden wir nicht zurückbekommen. Aber jeder Polizist wirkt allein schon durch seine Anwesenheit präventiv. Außerdem hat er Augen, Ohren und Kontakte, die oft besser sind, als jede Datensammlung.

Es gibt bereits viele Kooperationen mit privaten Sicherheitsdiensten. Im nichtöffentlichen Raum leisten sie Hervorragendes. Der öffentliche Raum ist Sache der Polizei. Ihre lange Ausbildung, ihre Rechtskenntnisse, ihre Eingriffsbefugnisse, ihre einsatzpraktischen Fähigkeiten, sind in jedem Einsatz notwendig. Auch ein Einsatz, der zunächst wie eine Lappalie aussieht, kann sich rasch zu einem Einsatz auf Leben und Tod entwickeln. Jeder Schusswaffengebrauch landet vor Gericht. Und dort steht dann der Einzelne und keine Firma oder Institution. Deshalb ist die lange und qualifizierte Ausbildung eines Polizeibeamten notwendig. Machen wir uns doch nichts vor: Wer dem Einsatz privater Sicherheitsunternehmen im öffentlichen Raum das Wort redet, hat doch nur die Kostenfrage im Sinn und nicht qualifiziertes rechtsstaatliches Handeln. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen mit ihren Steuern die Gewährleistung der inneren Sicherheit als Kernaufgabe des Staates.

Homeland: Sie sagen, dass es „nur noch eine Frage der Zeit ist, wann der Bogen bricht und die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land von immer mehr Zufällen abhängig wird.“ Was sind die Rahmenbedingungen zur umfassenden Gewährleistung der inneren Sicherheit? Welche Konsequenzen sind nach dem Terroranschlag von Paris für die deutschen Sicherheitsbehörden und die Arbeit der Polizei dringend erforderlich?

Malchow: Qualifiziertes und ausreichendes Personal, adäquate Rechtsgrundlagen, moderne Technik, gute Ausrüstung, eine enge Zusammenarbeit der Polizeien der Länder und des Bundes, verstärkter Informationsaustausch, bessere Vernetzung – und, nicht zu vergessen, der Rückhalt in der Politik. Rückhalt in der Bevölkerung hat die Polizei zu Genüge. In einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag des Fernsehsenders N24 fordert eine Mehrheit der Deutschen vom Staat größere Anstrengungen, um die innere Sicherheit zu garantieren: 68 Prozent der Befragten wollen

mehr Polizeipräsenz. Auch in einer vom Magazin Stern beauftragten Umfrage zum Vertrauensverhältnis der Deutschen in gesellschaftliche Institutionen hat die Polizei ihre Spitzenposition nicht nur verteidigt, sondern genießt mit 84 Prozent, zwei Prozentpunkten mehr als im Vorjahr, erneut das höchste Vertrauen der Bundesbürger.

Homeland: Die GdP begrüßt den Vorstoß des Bundesinnenministeriums für eine Reform des Verfassungsschutzes. Nordrhein-Westfalen z. B. verstärkt Polizei und Verfassungsschutz. Dies ermöglicht eine noch effektivere Bekämpfung der Gefahr durch islamistische Terroristen. Bis 2017 werden deshalb insgesamt 385 zusätzliche Beamte eingestellt. Das gab Innenminister Ralf Jäger am 22. Januar 2015 in Düsseldorf bekannt. Was bedeutet dies für die Arbeit der Polizei in den übrigen Bundesländern?

Malchow: Daran sollten sich die Bundesländer ein Beispiel nehmen, die weiterhin nicht nur kein Personal einstellen, sondern im Gegenteil den vorhandenen Bestand weiter abbauen wollen. Das ist unverantwortlich und auch unfair gegenüber den Ländern, die ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Länder, die ihre Haushalte auf Kosten der Polizei sanieren, rufen beim nächsten Großeinsatz nach Unterstützung. Die bekommen sie natürlich auch. Sie müssen auch dafür bezahlen. Aber es ist für sie immer noch billiger, als ausreichend eigene Kräfte auf Dauer einzustellen um ihre eigenen Probleme selbst zu lösen.

Homeland: „Es sei beschämend, dass immer erst dann Bewegung in

sicherheitspolitische Debatten – auch um personelle und technische Ausstattungen – komme, nachdem eine schockierende Tat nicht nur die Bevölkerung verängstige, sondern selbst die politisch Verantwortlichen aufwühle. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Sicherheitslage ist mit der nicht angemessenen und unverhältnismäßigen Sparpolitik der Regierungen, unter der die Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz seit vielen Jahren leiden, der Bogen überspannt worden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Bogen bricht und die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land von immer mehr Zufällen abhängig wird“, betonten Sie im Januar 2015. Was wünschen Sie sich für die Zukunft? Wie wird sich die Arbeit der Polizei innerhalb der nächsten fünf Jahre entwickeln?

Malchow: Polizei und Justiz sollen kontrolliert und auch kritisiert, aber nicht mit Argwohn betrachtet werden. Das entspricht einer rechtsstaatlichen Gewaltenteilung. Ich wünsche mir auch, dass in den Parlamenten nicht nur mit Misstrauen über die Polizei geredet wird, sondern sachlich auch über ihre Leistungsfähigkeit und was sie benötigt, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Bürger ist nicht durch die Polizei bedroht, sondern durch Straftäter und Terroristen. Die Abgeordneten sind ihrer Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit nicht nachgekommen. Damit wird der Bürgerwille ignoriert und die Distanz zum Staat und zur Polizei vergrößert.

Homeland: Herr Malchow, vielen Dank für das Gespräch.

Oliver Malchow, Kriminaloberrat und Bundesvorsitzender der GdP, Jahrgang 1963, ist seit 1985 Mitglied der GdP. Nach dem Abitur 1983 Eintritt in die Polizei, von 1983 bis 1986 Studium an der damaligen Verwaltungsfachschule Altenholz/Kiel, 1986: BPA, Ausbildungshundertchaft als Ausbilder und Fachlehrer, 2002/03: Ausbildung an der Polizeiführungsakademie Münster/Hiltrup, seit 2003 Leitung Kriminalpolizeistelle Bad Oldesloe, dann Eutin, Mai 2013: Leiter der Kriminalpolizeistelle Kiel (beurlaubt ab Juli). Thematische Zuständigkeit im GBV: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik/

Grundsatzfragen/DGB, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion/Internet/WEB-Server, Personal, Organisation, Kriminalpolitik, BFA Kriminalpolizei. Gewerkschaftliche Funktionen: Auf Landesebene seit 1993 Stellvertretender Landesbezirksvorsitzender Schleswig-Holstein, von 1997 bis 2013 Landesbezirksvorsitzender Schleswig-Holstein; auf Bundesebene seit November 2010 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Januar 2013: Wahl zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden, Mai 2013: Wahl zum GdP-Bundesvorsitzenden.